

EL SALVADOR: Politische Morde und Todesdrohungen beeinträchtigen die Wahlen

Nach Meinung von amnesty international beeinträchtigen eine Reihe von politischen Morden und Todesdrohungen die Hoffnung, daß die allgemeinen Wahlen am 20.März 1994 in El Salvador einen Wendepunkt im Verlauf der Menschenrechtsreformen in diesem Land darstellen würden.

Zwei Jahre nachdem das Friedensabkommen die 12 Jahre dauernden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der früheren bewaffneten Oppositionsgruppe Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí - FMLN) beendete, wurde Ruben Eduardo Vanegas ermordet. Er war lokaler Wahlkampf-Koordinator der FMLN. Unbekannte Schützen, die in militärischem Stil gekleidet waren, drangen in sein Haus in Santa Ana ein, als er zuhause war. Die Männer erschossen zuerst seine Eltern Lorenzo, 106 Jahre alt, und Santos Feliciano Cabrera, 83 Jahre alt, dann folterten und erschossen sie Vanegas.

Der Mord an Vanegas ist nur einer von 10 Morden an Oppositionspolitikern, von denen amnesty international seit Anfang des Jahres erfahren hat - die jüngsten Morde in einer Serie von offensichtlich politischen Morden in den Monaten vor den Wahlen.

Obwohl zu den Opfern auch mehrere Mitglieder der regierenden Partei Nationalistische Republikanische Allianz (ARENA) gehörten, waren die meisten jedoch Mitglieder der unteren und mittleren Ebene der FMLN, die 1993 politische Partei wurde. Viele der Morde sind charakteristisch für die sogenannten "Todesschwadronen", geheime Kräfte, die eng mit den Staatsstrukturen verbunden sind. amnesty international glaubt, daß diese trotz der Beendigung des bewaffneten Konfliktes 1992 weiterhin straflos agieren können.

Seit Beginn der Wahlkampagne haben viele prominente FMLN-Politiker, einschließlich des Vize-Präsidentschaftskandidaten der Partei, Todesdrohungen im Namen von "Todesschwadronen" erhalten, die für hunderte von Morden in den vergangenen Jahren des Konfliktes berüchtigt waren. Andere FMLN-Politiker wurden angegriffen und eingeschüchtert. Am 24.Februar 1994 feuerten unbekannte Angreifer auf den Wagen von Nidia Diaz, Kandidatin der FMLN im Department San Vicente für das Parlament. Sie blieb unversehrt, aber ihr Fahrer wurde verletzt.

Wie der größte Teil der neuesten politischen Morde, Angriffe und Drohungen blieben auch die oben genannten Fälle ohne Untersuchung durch die gegenwärtige Regierung. amnesty international ist besorgt darüber, daß es nur wenige Fortschritte bei der Untersuchung und Beendigung dieser Menschenrechtsverletzungen gibt, trotz vieler Menschenrechtsverpflichtungen, die die Regierung im Rahmen der Friedensvereinbarungen von 1992 eingegangen ist. Darüberhinaus könnte das Amnestiegesetz von 1993, das die Strafverfolgung der Verantwortlichen für tausende von Morden und Fällen von "Verschwindenlassen" während des Krieges blockiert, zu der Gewalt vor den Wahlen beigetragen haben, indem es ein Zeichen dahingehend setzte, daß solche Menschenrechtsverletzungen straflos begangen werden können.

Wie die fortgesetzte Spirale der Gewalt zeigt, ist die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen aus den Friedensvereinbarungen und ein fester Entschluß zur Beendigung der Straflosigkeit besonders bedeutsam, wenn die Menschenrechte unter einer neugewählten Regierung beachtet werden sollen.

amnesty international anerkennt die Bildung der Grupo Conjunto, einer Untersuchungskommission der Regierung, die bestimmte jüngere Fälle untersuchen soll, die "illegalen bewaffneten Gruppen" zugeschrieben werden. amnesty international glaubt jedoch, daß nur eine gründliche und unabhängige Untersuchung der Aktivitäten und Strukturen der "Todesschwadronen" - sowohl während des bewaffneten Konfliktes wie auch danach - vollständig den Empfehlungen der Wahrheitskommission entsprechen wird, diesem Phänomen ein Ende zu setzen, das noch immer die Gesellschaft bedroht. Die Wahrheitskommission war von den Vereinten Nationen eingesetzt worden, um ausgewählte Fälle von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges zu untersuchen. Zu einer solchen Untersuchung sollte auch die Überprüfung des Geheimdienstes und eine Analyse der Beweise gehören, die in den kürzlich veröffentlichten Dokumenten der US-Regierung enthalten sind und die höchste salvadorianische Beamte, sowohl zivile wie auch militärische, mit Aktivitäten der "Todesschwadronen" in Verbindung bringen.

Ebenso dringend ist es, Justizreformen und Maßnahmen für die wirksame Untersuchung von Übergriffen durchzuführen, wie sie von der Wahrheitskommission und der Beobachtermission der Vereinten Nationen ONUSAL, die eingesetzt ist, um die Durchführung des Friedensabkommens zu überwachen, empfohlen wurden.

amnesty international fordert die amtierende Regierung auf, die Sicherheit all derjenigen zu garantieren, die an den Wahlen teilnehmen, und drängt die zukünftigen Amtsträger, die Bemühungen zur Durchführung der vereinbarten Menschenrechtsreformen zu intensivieren. Die neugewählte Regierung sollte auch ein klares Zeichen setzen, daß Menschenrechtsverletzungen in der Zukunft El Salvadors keinen Platz haben, indem sie sicherstellt, daß alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, auch jetzt während des Wahlkampfes, vor Gericht gestellt werden.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
72001 Tübingen

Verbindlich ist das Original: amnesty international, "EL SALVADOR: Political Killings and Death Threats Mar Elections", News Service 53/94, AI-Index: AMR 29/WU 01/94, 17 March 1994